

Antrag

der Abgeordneten Daniela Wagner, Bettina Herlitzius, Markus Kurth, Stephan Kühn, Ingrid Nestle, Winfried Hermann, Dr. Anton Hofreiter, Dr. Valerie Wilms, Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, Kai Gehring, Britta Haßelmann, Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Friedrich Ostendorff, Dr. Hermann Ott, Dorothea Steiner, Markus Tressel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Heizkostenkomponente beim Wohngeld erhalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Wohngeld ist ein zentrales Instrument der Wohnungspolitik, damit einkommensschwache Haushalte in angemessenem und familiengerechtem Wohnraum leben können. Es ermöglicht den Zugang zu Wohnungen mit durchschnittlichen Mieten auch bei einem niedrigen Haushaltseinkommen. Damit stabilisiert es Bewohnerstrukturen und wirkt der sozialen Segregation von Stadtvierteln entgegen. Das Statistische Bundesamt geht in seiner ersten Wohngeldquartalsstatistik von rund 880 000 Wohngeldempfängern am 31. Dezember 2009 aus. Erfahrungsgemäß wird die Wohngeldjahresstatistik allerdings höher ausfallen.

Nach der umfassenden Wohngeldreform 2009 sind die individuellen Leistungen abhängig von der Haushaltsgröße, dem monatlichen Gesamteinkommen und der zu bezahlenden Nettokaltmiete. Zusätzlich wurde aufgrund der stetig steigenden Energiekosten eine Heizkostenkomponente (Heizkostenzuschuss) bei der Wohngeldberechnung eingeführt. Diese wird pauschal gewährt und ist von der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder abhängig. Damit wird gewährleistet, dass neben der Nettokaltmiete auch eine Pauschale für Heizkosten bei der Wohngeldberechnung in Höhe von 24 Euro für Einpersonenhaushalte und 31 Euro für Zweipersonenhaushalte berücksichtigt wird. Nach Schätzungen der Bundesregierung entfielen 2009 rund 250 Mio. Euro der gesamten Wohngeldausgaben (Bund und Länder) auf die Heizkostenkomponente nach §12 Absatz 6 des Wohngeldgesetzes.

Einkommensschwache Haushalte sind besonders stark von steigenden Energiepreisen betroffen, da sie diese aufgrund ihrer Einkommenssituation schwer kompensieren können. Obwohl beim Trend der Energiepreissteigerung mittelfristig keine Umkehr absehbar ist, will die Bundesregierung den Heizkostenzuschuss im Rahmen des Sparpakets für den Haushalt 2011 streichen. Dies kann bei den Wohngeldempfängerhaushalten mit einem durchschnittlichen Einkommen von rund 800 Euro zu einer monatlichen Kürzung zwischen 10 und 30 Euro führen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchte die Wohngeldempfänger nicht mit unberechenbaren Energiekosten alleinlassen. Des-

wegen muss der Heizkostenzuschlag beibehalten und klimafreundlicher ausgestaltet werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Wohngeldkürzungen zurückzunehmen;
2. die Heizkostenkomponente im Wohngeld nicht zu streichen, sondern mindestens auf ihrem bisherigen Niveau zu erhalten;
3. einen dynamischen Anpassungsmechanismus einzuführen, durch den das Wohngeld zukünftig dynamisiert und in regelmäßigen Abständen beispielsweise anhand des alle vier Jahre erscheinenden Wohngeld- und Mietenerichts überprüft und gegebenenfalls optimiert wird;
4. das Wohngeld in Verbindung mit dem Heizkostenzuschuss perspektivisch so zu gestalten, dass es für Mieter und Vermieter den Anreiz erhöht, energetisch sanierten Wohnraum anzubieten und nachzufragen.

Berlin, den 13. September 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion